

Kampf um die Beute

Nach dem Putsch gegen die Republik am 28. Mai 1926 bekämpften sich die Militärs gegenseitig. Mit der Absetzung von General Gomes da Costa vor 100 Jahren begann die Zeit der »Diktatur ohne Diktator«

Von Nikolas Sisic

Am Abend des 8. Juli 1926 versammelten sich General Óscar Carmona, Oberst João José Sinel de Cordes und weitere Offiziere im Lissabonner Palácio das Necessidades und beschlossen, den Mann zu stürzen, der seit drei Wochen an der Spitze des Staates stand.¹ Am folgenden Tag erhielt General Manuel Gomes da Costa ein Ultimatum: Er solle die zuvor beiseitegedrängten Minister samt Sinel de Cordes ins Kabinett zurückholen und selbst in die zweite Reihe treten. Der General lehnte ab und wurde tags darauf aufgefordert, den Regierungssitz zu räumen. Er fuhr die Kasernen der Hauptstadt ab, um Truppen für den Widerstand zu finden, doch kein Soldat stellte sich an seine Seite. Am 11. Juli brachte man ihn mit einer großzügigen Pension auf die Azoren. Keine sechs Wochen zuvor war derselbe Gomes da Costa, der »Held von Flandern«, noch hoch zu Ross die Lissabonner Avenida hinuntergeritten und hatte sich als Retter der Nation feiern lassen.

In der offiziellen Erzählung des Putsches am 28. Mai 1926 hatte sich »das Heer« gegen eine erschöpfte Republik erhoben. Tatsächlich begann mit dem Sturz der Regierung ein Kampf der Sieger um die Beute. Das Bündnis, das die Herrschaft der Demokratischen Partei gebrochen hatte, war sich nur in der Gegnerschaft zu den Demokraten einig. Über das, was danach kommen sollte, herrschte Uneinigkeit. Die Koalition zerfiel sofort.

Putschisten im Rausch

Der Maiputsch kam nicht überraschend. Über Monate hatten Zeitungen und Zeitschriften, von der großen Tagespresse bis hin zu den obskursten monarchistischen Blätter, geradezu für ihn geworben. Jedem war klar, dass er kommen würde. Noch am Vorabend pries die monarchistische Zeitung *Correio da Manhã* den kommenden Umsturz als »heroisches Heilmittel (...), fähig, große Übel und große Gefahren für die Integrität der nationalen Existenz zu neutralisieren«². Selbst Regierungsmitglieder beteiligten sich daran: Im April 1926 nahm Kriegsminister José Mascarenhas Kontakt zu einer der Verschwörergruppen auf und sicherte ihr Unterstützung zu, sollte sie António Maria da Silva, den amtierenden Ministerpräsidenten, auch als Kopf einer künftigen Diktaturregierung akzeptieren.³

Die Arbeiterbewegung, die sich von einem Militäraufstand kaum einen Vorteil erwarten konnte und lange Zeit die letzte, wenn auch widerwillige Schutzmacht des Ersten Republik gewesen war, hielt diesmal still. So titelte die anarchosyndikalistische Zeitung *A Batalha* am 29. Mai, »die Haltung der Arbeiter sei neutral und abwartend«. Die Sozialistische Partei mahnte ihre Mitglieder zur Geduld und wusch prophylaktisch ihre Hände in Unschuld: »Die republikanischen Parteien waren es, die für die Lage verantwortlich sind, in der sich das Land befindet. Sollen sie die Folgen tragen.« Einzig die Kommunisten, die sich Ende Mai zu ihrem II. Parteitag in Lissabon versammelten, riefen zur Einheitsfront gegen den Putsch auf, den sie als faschistisch charakterisierten. Doch der Allgemeine Gewerkschaftsbund CGT war an keinem Bündnis interessiert, und die auf kaum 150 Mitglieder geschrumpfte Partei blieb isoliert. So fand die parlamentarische Republik so wenige Verteidiger wie 1910 die Monarchie.

Im Gegenzug stieg die Anzahl derer, die an einem Umsturz interessiert waren, stetig an. Das im Weltkrieg politisierte Heer besaß ein aufgeblähtes Offizierskorps, das die mittellose Republik weder bezahlen noch ausrüsten konnte. Die Eingliederung Tausender Milizoffiziere hatte die Konkurrenz innerhalb des Militärs verschärft, Inflation und sinkende Reallöhne viele Berufsoffiziere in die Armut gedrückt – das Gehalt eines Generals war seit 1914 um etwa die Hälfte gesunken, das eines Hauptmanns sogar um 69 Prozent.

Zugleich hatte sich der Staat selbst entwaffnet. Durch die Schwächung der Republikanischen Nationalgarde (GNR) seit 1921 fiel die einzige bewaffnete Formation aus, die zur Verteidigung der republikanischen Institutionen willens und fähig war. Dem Heer wurde das Monopol auf staatliche Gewalt überlassen. Wie ohnmächtig der Staat geworden war, zeigte der Umgang mit den Verschwörern: Zwischen Dezember 1923 und Februar 1926 zählte die Republik nicht weniger als sieben Putschversuche, die meisten wurden von Offizieren angeführt. Während zivile Aufständische harte Repression zu erwarten hatten, kamen an Umsturzversuchen beteiligte Offiziere regelmäßig mit einer Verwarnung davon. Die Regierung der Demokraten unter António Maria da Silvas resignierte. Statt auf Repression setzte sie auf Beschwichtigung: Sie suchte durch wirtschaftliche Zugeständnisse die Nähe einzelner Kapitalfraktionen und wollte sich auch die Gunst der Offiziere schlicht erkaufen. Kurz vor dem 28. Mai bot sie eine allgemeine Solderhöhung an, am Ende sogar eine Verdreifachung, aber es war bereits zu spät.

Die Schwierigkeit, resümierte der Historiker António José Telo, lag deshalb »nicht darin, das Offizierskorps für eine Verschwörung gegen die PRP (der alte, formal noch gültige Parteiname der Demokraten, *JW*) zu gewinnen, sondern darin, eine, und sei es prekäre, Einheitsfront zwischen den verschiedenen Fraktionen und Strömungen« herzustellen. Und deren Einfluss reichte längst weit über die Kasernen hinaus.

Diktatur als Übergang ...

Das Zweckbündnis vom 28. Mai vereinte Kräfte mit sehr unterschiedlichen Zielen. Grob lassen sich zwei Lager unterscheiden: jene, die das durch die Verfassung von 1911 begründete republikanische Regime reformieren wollten, und jene, die es beseitigen wollten. Angeführt wurden die »Reformisten« von

Marineoffizier José Mendes Cabeçadas, einem der Veteranen der Revolution von 1910, in Verbindung mit der neu gegründeten Republikanischen Liberalen Union (ULR) von Francisco da Cunha Leal. Letzterer sprach der Demokratischen Partei ab, »zum Gemeinwohl beizutragen«. Vielmehr sei sie bestrebt, »das nationale Interesse den Gelüsten ihrer Klientel unterzuordnen«.⁴ Um die Herrschaft der Demokraten zu brechen und den Staat zu reformieren, sei darum eine sich auf das Heer stützende »Diktatur zur Rettung des nationalen Stammes« notwendig, aber nur für den Übergang. Als »Regime von langer Dauer« sei die Diktatur »unmöglich, weil unerträglich«.

Dieses Reformprojekt wurde in erster Linie von Kreisen des Handels-, Industrie- und Finanzkapitals getragen, das eng mit den ausländischen und kolonialen Märkten verflochten war und am stärksten unter der expansiven Geldpolitik der Demokraten und der daraus folgenden Währungsabwertung gelitten hatten. Ihr Ziel war es, Portugal in eine moderne, exportorientierte Volkswirtschaft zu verwandeln, mit konservativer Fiskalpolitik und einem ausgeglichenen Haushalt. Erbittert bekämpften sie die staatlich subventionierten Industriemonopole, die sich auf einen geschützten Binnenmarkt stützten und eine wichtige Stütze der Demokratischen Partei bildeten. Ergänzt wurden diese Pläne mit einem korporatistischen Programm: Für die Zeit nach der Übergangsphase mit autoritärer Herrschaft, welche die überfälligen Strukturreformen durchsetzen sollte, war ein Zweikammersystem aus gewähltem Parlament und einem Senat vorgesehen, das aus Vertretern der Berufsgruppen und verschiedener Klassen bestehen würde. Es sollte, so wurde im Programm offiziell verlautbart, ein Korporatismus werden, der »weder den Bossen gegen die Arbeiter noch den Arbeitern gegen die Bosse« dienen sollte – also ein Projekt des Klassenausgleichs im Interesse der Nation.

... oder auf Dauer

Im zweiten Lager verbanden sich die reaktionärsten Interessensgruppen der portugiesischen Gesellschaft: vor allem die der Agraroligarchie, der »latifundiários« des Südens. Ihre Wirtschaft beruhte auf dem extensiv bewirtschafteten Großgrundbesitz, auf der ertragsschwachen Trockenfeldgetreidekultur des Südens. Ihren Profit zogen sie zum einen aus der Auspressung absoluten Mehrwerts, das heißt aus der Ausbeutung billiger, an den Boden gebundener Arbeitskraft durch lange Arbeitszeiten und Hungerlöhne, zum anderen aus überhöhten, staatlich geschützten Preisen für ihre Erzeugnisse. Statt Laissez-faire forderten sie staatliche Kredite und Schutzzölle gegen Agrarimporte. Weil es in der portugiesischen Landwirtschaft kaum technische Innovationen gab und die Produktivität stagnierte, wäre sie in freier Konkurrenz mit ausländischen Produzenten chancenlos gewesen. So war die Agraroligarchie auf einen repressiven Staatsapparat angewiesen, der ihr den nötigen rechtlichen und ökonomischen Rahmen sicherte. Entsprechend erhob sich die Reaktion immer dann, wenn parlamentarische Kräfte das Bodeneigentum antasten wollten. Auf Lima Bastos Agrarmobilisierungsgesetz von 1917 folgte der Putsch Sidónio Pais' und auf den Agrarreformentwurf des Landwirtschaftsministers Ezequiel de Campos vom Januar 1925 der Aufstand vom 18. April.⁵

Der industrielle Fortschritt, der den Landarbeitern besser bezahlte Arbeit bot und sie in die großen Industriezentren lockte, ließ den Pool billiger

Arbeitskräfte auf dem Land schrumpfen, was wiederum die Löhne nach oben trieb. Für das bestehende Agrarmodell Portugals war das eine ebenso große Bedrohung wie freier Getreideimport. Der Nationalismus der Großgrundbesitzer wurzelte in ihrer Nostalgie. Sie sehnten sich nach einer goldenen Vergangenheit, in der das Latifúndio »die natürliche Organisationsform unserer Agrarwirtschaft«⁶ gewesen sei, und lehnten die »antinationale« und »demokratische Barbarei« zugunsten eines autoritären Staates ab.⁷ Dem monarchistischen Oberst Sinel de Cordes zufolge, maßgeblicher Drahtzieher der Mai-Verschwörung und Führer dieser Fraktion, sollte die Nation gerettet werden durch die Errichtung »eines nationalistischen Regimes (...), das das Land vom demokratischen Joch befreit und allen Portugiesen, die Opfer von Ungerechtigkeiten der demagogischen Diktatur geworden waren, (...) Wiedergutmachung zukommen lässt«.

Das antirepublikanische Lager war jedoch selbst gespalten, und nicht alle Reaktionäre träumten von einem ländlichen Paradies aus der Vergangenheit. Um die Führung rang eine zweite, moderner ausgerichtete Strömung, die aus der »Cruzada Nacional D. Nuno Álvares Pereira« hervorging. Ihr Organ, die Zeitschrift *A Reconquista*, leitete der Jurist Martinho Nobre de Melo. Er strebte eine Synthese aus dem traditionalistischen Monarchismus des »Lusitanischen Integralismus«, dem er entstammte, und dem italienischen Faschismus an.⁸ Sein Ziel war die »Wiedergeburt« der Nation, die als starkes, geeintes und wirtschaftlich eigenständiges Portugal zu alter imperialistischer Größe zurückfinden sollte. Zu diesem Zweck sollten die Klassen aufhören, einander zu bekämpfen, und zu einem disziplinierten nationalen Körper verschmelzen.

Das ökonomische Fundament dieser Ordnung sollte eine »endogene«, eine von innen heraus erwachsende Industrialisierung sein. Den Freihandel verwarf Nobre de Melo als »das ideale Regime der Stärksten«, in dem Schwächere wie Portugal untergingen, und setzte ihm Protektionismus entgegen. Sowohl Industrie als auch Landwirtschaft sollten gefördert und das Latifúndio wie auch die Schwerindustrie durch staatliche Subventionen, notfalls durch Zwang modernisiert werden. Die so gesteigerte Produktivität sollte höhere Löhne und einen steigenden Lebensstandard der Arbeiterklasse ermöglichen. Arbeit und Kapital wurden jedoch klar unterschiedene Rollen zugewiesen: »die Arbeiterklasse als ausführender Arm, die Unternehmer als Kopf der Direktion« und über beiden der Staat als allwissender Organisator. Nobre de Melos Programm spiegelte eine Verschiebung der sozialen Basis des reaktionären Lagers, denn 1926 waren nicht mehr nur die großen Landbesitzer von der Notwendigkeit eines autoritären Staatsumbaus überzeugt, sondern auch Teile des industriellen Kapitals. Nobre de Melo und die jüngeren Integralisten setzten zudem auf die Unterwanderung des Heeres. Dort fand ihre Propaganda fruchtbaren Boden in einem Offizierskorps, das – aus Adel und Kleinbürgertum rekrutiert und durch jahre- oder gar jahrzehntelangen Dienst in den Kolonien verroht – der Republik ohnehin ablehnend gegenüberstand.

Der »Held« als Marionette

Nach dem Scheitern etlicher isolierter Putschversuche wie des sidonistisch-monarchischen vom 18. April 1925 und des konservativ-republikanischen vom 19. Juli 1926 schlossen sich die zerstreuten Gruppen von Verschwörern zusammen, ohne dass noch jemand lange fragte, was nach dem Sturz der

Regierung kommen sollte. Weil Parteien und Berufspolitiker im Land verhasst waren – und nirgends mehr als bei den Soldaten, auf die alles ankam –, brauchte dieses Bündnis eine Führungsfigur, die den Eindruck erweckte, über den Fraktionen und den Parteien zu stehen. Als der zunächst vorgesehene General Alves Roçadas starb, fiel die Wahl auf Gomes da Costa.

Der ehemalige Divisionskommandeur im Ersten Weltkrieg, der als »Held von Flandern« gefeiert wurde, schien ideal. Er gehörte der Radikalen Republikanischen Partei (PRR) an, galt aber trotzdem als politischer Außenseiter mit makellosen Referenzen und schien damit geeignet, um den Putsch als selbstlose Rettung der Nation durch die Militärs auszugeben. Dass da Costa zugleich als »Hohlkopf« galt und politisch ungeschickt, geradezu naiv war, machte ihn dabei um so brauchbarer. Der Schriftsteller Raul Brandão spottete, der General habe »einen Hühnerkopf« und sei stets der Meinung dessen, mit dem er zuletzt gesprochen habe. Genau darauf baute Sinel de Cordes, der im Hintergrund die Fäden zog. Die Notwendigkeit, den republikanischen Schein zu wahren, war eine Lehre aus dem Sidonismus: Der kurze Bürgerkrieg nach dem Tod des Militärdiktators Sidónio Pais' im Dezember 1918 hatte gezeigt, dass durch eine offen verkündete Restauration der Monarchie die zerstrittenen Republikaner wieder geeint und ihr schon verloren geglaubter Staat gerettet wurde.

Am 27. Mai erreichte Gomes da Costa die Stadt Braga, am Morgen des 28. brachte er sie unter seine Kontrolle und rief den Aufstand »für das Vaterland und für die Republik« aus. Ausgerechnet das Lissabonner Komitee um Cabeçadas, das den Putsch in der Nacht in der Hauptstadt hatte auslösen wollen, scheiterte und schob Gomes da Costa unfreiwillig in die Rolle des ersten Mannes, was Sinels Stellung weiter festigte. Die Regierung fiel fast ohne Widerstand.

Mit dem Sieg begann der Kampf um den Staat erst richtig. Präsident Bernardino Machado übertrug dem Reformisten Mendes Cabeçadas am 30. Mai verfassungsgemäß die volle Gewalt, in der Hoffnung, wenigstens den Kern der Republik von 1910 zu retten. Scheinbar beherrschte Cabeçadas die Lage, bei den Putschisten hatte er aber die schwächste Stellung – seine Verfassungstreue machte ihn angreifbar. In weniger als zwei Wochen isolierte ihn die Gruppe um Sinel de Cordes. Sie schnitt ihn von Verbündeten ab und hetzte die konservative Presse auf ihn. Auch die Konservativen hatte kein gemeinsames Ziel außer dem Hass auf die »jakobinische«, »städtische« Republik, die Cabeçadas verkörperte. Ihn zu stürzen und die Verfassung von 1911 zu beseitigen, galt ihnen als Vorbedingung für alles Weitere. Am 15. Juni bezogen die Truppen aus der Stadt Sacavém Stellung gegen das nahegelegene Lissabon. Cabeçadas kapitulierte am 17. Juni noch vor jeder Schlacht, mit der Begründung, die Republik sei nicht in Gefahr. »Ich will nicht und kann nichts tun«, sagte er einem Journalisten.

Nicht für zwölf Millionen

Cabeçadas' Fall beendete den reformrepublikanischen Weg. Nun begannen die reaktionären Fraktionen und Gruppen offen um die Macht zu streiten. Die Initiative ergriff zunächst die Reconquista-Strömung um Nobre de Melo, deren Handlanger Gomes da Costa war. Der General zog in Lissabon ein und

vereidigte sich selbst als Regierungschef. Da er sich für den unumschränkten Herrn der Lage hielt, konnten seine radikalen Ratgeber ihn zu immer kühneren Schritten überreden. Rolão Preto, der »portugiesische Valois«⁹, drängte den General, die Parteien zu zerschlagen und sich nach dem Vorbild Mussolinis zum Alleinherrscher aufzuschwingen. Tatsächlich verlieh sich Gomes da Costa per Dekret vom 26. Juni alle Vollmachten eines Staatschefs. Zugleich wurden mit der Gründung der paramilitärischen Miliz »Milícias Nacionalistas« und der Einheitspartei »União Nacional« die ersten Grundsteine eines faschistischen Herrschaftsapparats gelegt.

Doch Gomes da Costa überhob sich. Am 6. Juli musste er unter dem Druck der hinter ihm stehenden Strömung drei Minister fallenlassen und Nobre de Melo sowie den Integralisten João de Almeida in die Regierung aufnehmen. Der Vorstoß isolierte Gomes da Costa an der Spitze, denn alle Minister außer Filomeno da Câmara stellten sich hinter die Entlassenen. Zugleich aber gab ihm die »União Nacional« erstmals ein Instrument, das die jungen Offiziere hätte gewinnen und die Machtbasis seines Gegners Sinel de Cordes hätte untergraben können. Ehe es sich festsetzte, schlug Sinel zu. An die Spitze seiner Feinde trat nun Óscar Carmona, den Gomes da Costa gerade erst als Außenminister entlassen und damit in Sinels Lager getrieben hatte. Als parteiloser Republikaner konnte er an Gomes da Costas Stelle treten und den republikanischen Schein wahren. Am 9. Juli umstellte die Kavallerie den Palast von Belém und verhaftete den »von allen geliebten, glanzvollen General« Gomes da Costa. Carmona übernahm den Regierungsvorsitz, Sinel de Cordes begnügte sich mit dem Finanzministerium.

Wer die entscheidende Machtposition einnehmen sollte, blieb allerdings offen. So endete der Kampf vorerst in einer »Diktatur ohne Diktator«. Sinel de Cordes schaffte es als Finanzminister nicht, ein stabiles Regime zu errichten. Geld floss an einzelne Unternehmen, die es aber lieber ins Ausland schafften, statt es produktiv anzulegen. Die staatlichen Ausgaben stiegen, die Einnahmen blieben dahinter zurück, der Escudo verfiel, der Lebenshaltungskostenindex (ein Vorläufer des heutigen Verbraucherpreisindex) kletterte seit dem 28. Mai um rund 300 Punkte. Als die Kasse leer war, musste Sinel de Cordes den Völkerbund um eine Anleihe ersuchen. Einer Militärdiktatur, deren Fortbestand zudem niemand garantieren konnte, wollten die Geldgeber bei der UN-Vorläuferorganisation nur zu demütigenden Bedingungen Kredit geben. »Portugal verkauft sich nicht für zwölf Millionen Pfund Sterling«, erklärte die Finanzbehörde trotzig, und über den geplatzten Kredit stürzte schließlich 1928 auch der Minister.

Salazar lauert

Die katholische Kirche und António de Oliveira Salazar – ein Professor aus armen Verhältnissen, dem die Kirche ein Wirtschaftsstudium ermöglicht hatte – hielten sich aus den ersten Machtkämpfen heraus. Die Kirche war der einzige Apparat, dessen Einfluss in alle konservativen und rechten Milieus reichte. An ihren Schulen und Verbänden zogen sie einen Nachwuchs heran, bei dem katholische, faschistische und integralistische Doktrinen längst ineinandergriffen. Der Centro Católico, von Salazar als politische Organisation der Katholiken und möglicher Kern einer zukünftigen einheitlichen Partei konzipiert, gewann in der Provinz und besonders im Kleinbürgertum an

Zuspruch. Damit zog er immer mehr Anhänger von den Monarchisten ab. Da sich die Katholiken nicht von der »Regimefrage« ablenken ließen, konnten sie nach dem 28. Mai zum Bindeglied des konservativen Blocks werden. Wie andere Kader des Centro Católico hielt Salazar sich aus den Fraktionskämpfen heraus, um seine eigene Stellung und die des Zentrums als Vermittler nicht zu gefährden. Am 3. Juni 1926 wurde er zum Finanzminister der kurzlebigen Regierung Cabeçadas ernannt. Als diese wenig später gestürzt wurde, gab er das Amt auf und zog sich nach Coimbra zurück.

Erst 1928, als die Finanzpolitik von Sinel de Cordes endgültig gescheitert war, kehrte er zurück. Doch diesmal übernahm er das Finanzministerium nur unter der Bedingung, die Ausgaben sämtlicher Ressorts kontrollieren zu dürfen. Die staatliche Krise, an der die Republik und die vorübergehende Militärdiktatur gescheitert waren und die Portugal seit 1890/91 belastete¹⁰, bewältigte Salazar auf autoritäre Weise. Über Zwangskartellierung, Subventionen, Quoten und Zölle entschied er fortan über Bestand oder Untergang ganzer Branchen. Das Handels- und das spekulative Finanzkapital wurden diszipliniert, die auf den geschützten Binnen- und Kolonialmarkt ausgerichtete Produktion begünstigt. Den Grundbesitzern des Südens sicherte er auskömmliche Weizenpreise, das Ende jeder Landreform und die Zerschlagung der Landarbeitergewerkschaften, der Industrie Schutzzölle und Kartelle. Der Erfolg seines rigorosen wirtschaftlichen Durchgreifens zugunsten der Agrar- und Industrieoligarchen verhalf ihm 1932 zum Aufstieg an die Spitze der Regierung. Die »Diktatur ohne Diktator« hatte am Ende ihren Diktator gefunden, und dieser mit dem »Estado Novo« die faschistische Form seiner Herrschaft.

Anmerkungen

1 Zur Vorgeschichte siehe [Nikolas Sisic: »Der lange Weg in die Diktatur«, jW vom 28.5.2026](#)

2 Arnaldo Madureira: »O 28 de Maio« – Elementos Para a Sua Compreensão: Na Génese Do Estado Novo. 1978, S. 81

3 António José Telo: Decadência e Queda Da I República Portuguesa. 1984, S. 176

4 Ricardo Leite Pinto: União Liberal Republicana (ULR) 1926–1930: um partido político na transição de I República para o Salazarismo. In: Polis: Revista de Estudos Jurídico-Políticos (1995) No. 4-5, S. 131–260, hier: S. 229

5 Manuel Villaverde Cabral: [Sobre o fascismo e o seu advento em Portugal: ensaio de interpretação a pretexto de alguns livros recentes](#). In: *Análise Social*, Segunda Série 12 (1976) No. 48, S. 873–915, hier: S. 883

6 Kathleen Crowley Schwartzman: The Social Origins of Democratic Collapse: The First Portuguese Republic in the Global Economy. 1989, S. 101

7 Susana Sousa Carvalho: Nationalism and Regime Overthrow in Early Twentieth Century Portugal. 2012, S. 301

8 Arnaldo Madureira: »O 28 de Maio« – Elementos Para a Sua Compreensão: Na Hora Do Corporativismo. 1982, S. 92–93

9 Georges Valois, profaschistischer Dissident der monarchistischen Action Française und Gründer von »Le Faisceau«, der ersten faschistischen Bewegung Frankreichs. Wie Valois erkannte Preto, dass der klassische, konservative Nationalismus zu elitär war, um eine Massenbasis zu gewinnen. Vgl. António Costa Pinto: Os camisas-azuis: Rolão Preto e o fascismo em Portugal. 2016, S. 33

10 Vgl. jW vom 28.5.2026 und António José Telo: A obra financeira de Salazar: a »ditadura financeira« como caminho para a unidade política, 1928–1932. In: *Análise Social* (1994), S. 779

→ Nikolas Sisic schrieb an dieser Stelle zuletzt am 28. Mai 2026 über den Militärputsch vom 28. Mai 1926, mit dem die Republik Portugals gestürzt wurde: [»Der lange Weg in die Diktatur«](#)

<https://www.jungewelt.de/artikel/525695.portugal-kampf-um-die-beute.html>